



Entschlossen für ein soziales Europa – gegen Sozialdumping!

Nur ein soziales Europa ist ein starkes und bürgernahes Europa! Lohn- und Sozialdumping dürfen in Europa keine Chance haben. Einen Wettlauf um die niedrigsten Standards zwischen den EU-Mitgliedstaaten darf es durch die weitere Öffnung des EU-Dienstleistungsmarktes nicht geben. Gesetzgebungsakte, wie die EU-Dienstleistungsrichtlinie, die solche Konsequenzen haben, zerstören die Solidarität zwischen den Bürgerinnen und Bürgern der EU-Mitgliedstaaten und rütteln an den Grundfesten des europäischen Sozialmodells. Unsere Position ist eindeutig:

- Bei der Erbringung von Dienstleistungen müssen die Arbeits-, Gesundheits- und Lohnbedingungen des Landes gelten, in dem sie erbracht werden. Ihre Einhaltung muss durch die Stellen des Staates kontrolliert werden, in dem sie erbracht werden. Nur so lassen sich Lohn- und Sozialdumping effektiv vermeiden.
- Hohe Standards beim Umweltschutz dürfen nicht durch eine Öffnung der Dienstleistungsmärkte ausgehöhlt werden. Dies führt zu ungleichen Wettbewerbsbedingungen in Europa und gefährdet Arbeitsplätze in Deutschland und darüber hinaus.
- Dienstleistungen von öffentlichem Interesse, wie die sozialen Dienste, die Wasserversorgung oder der öffentliche Rundfunk, dürfen nicht schutzlos dem Diktat des Wettbewerbs unterworfen werden.

Der Richtlinienvorschlag der EU-Kommission wird diesen Forderungen nicht gerecht und muss deshalb grundlegend überarbeitet werden. Hierfür werden die SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament eintreten, wenn sie Anfang Februar über die Dienstleistungsrichtlinie abstimmen. Wir wollen eine Regelung, die den freien Marktzugang für Dienstleistungserbringer gewährleistet, zugleich aber soziale Standards und Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in allen EU-Ländern wahrt. Wirtschaftliche Prosperität und soziale Gerechtigkeit sind in Europa zwei Seiten einer Medaille. Beide Elemente sind die tragenden Säulen des europäischen Sozialmodells! Für ihren Erhalt und ihre Festigung tritt die SPD ein!

Deshalb unterstützen wir den Aufruf des Deutschen und des Europäischen Gewerkschaftsbundes, am 11. Februar in Berlin und am 14. Februar in Straßburg unter dem Motto „EUROPA JA – SOZIALDUMPING NEIN!“ für die sozial gerechte Ausgestaltung der EU-Dienstleistungsrichtlinie und gegen Lohn- und Sozialdumping zu demonstrieren.

**SPD**